

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

großer Mehrheit dem Kompromiss zugestimmt.

Diese Woche gab es einen echten Erfolg für die Rechte der Patienten in der Europäischen Union zu vermelden. Nach jahrelangen schwierigen Verhandlungen konnte die Richtlinie über die grenzüberschreitenden Patientenrechte endlich verabschiedet werden. Im Dezember wurde eine Einigung zwischen dem Parlament und den Mitgliedstaaten erreicht und nun hat das Plenum mit

Demnach wird es in Zukunft möglich sein, dass zum Beispiel ein englischer Patient zu einer Hüftoperation nach Deutschland oder nach Frankreich reist und dabei von seiner Krankenkasse denselben Betrag erstattet bekommt, wie das bei einer Behandlung im Inland der Fall wäre. „Das ist ein großer Fortschritt und bedeutet mehr Rechte und vor allem mehr Rechtssicherheit für die Patienten“, freut sich der

CDU-Gesundheitsexperte Ullrich: Der Europäische Gerichtshof hatte diesen Anspruch auf Kostenerstattung bereits in mehreren Urteilen bestätigt. Eine Vorabgenehmigung ist nur in bestimmten Fällen notwendig, beispielsweise für Behandlungen, die mehr als eine Übernachtung im Krankenhaus erforderlich machen oder wenn es sich um eine hoch spezialisierte und kostenintensive Behandlung handelt.

Er sehe zahlreiche Chancen und Möglichkeiten in der Verabschiedung dieser Richtlinie betont Ulmer. „Es wird sicher keinen Gesundheitstourismus geben, wie das von einigen Kritikern befürchtet wird, da derzeit nur 1% der insgesamt 500 Millionen EU-Bürger zu einer medizinischen Behandlung ins Ausland fährt.“ Ein Großteil bevorzuge immer noch eine wohnortnahe Versorgung. Patienten, die wie in Großbritannien üblich, auf Wartelisten stehen und jahrelang auf eine Operation warten müssen, kann

somit jedoch schneller geholfen werden. Das sei ein echter Zugewinn an Lebensqualität.

Das deutsche Gesundheitssystem hat einen sehr guten Ruf und ich gehe davon aus, dass einige Patienten aus den Nachbarländern zu uns kommen werden, um sich von deutschen Ärzten behandeln zu lassen. Davon profitiert nicht nur Deutschland. Wahrscheinlich werden sich die anderen Mitgliedstaaten dann etwas mehr anstrengen und die Qualität ihrer Gesundheitsversorgung verbessern, um einer zu großen Abwanderung entgegen zu wirken. Der Patient hat somit doppelten Grund zur Freude“, prophezeit Ulmer.

Ein weiterer großer Vorteil des Gesetzes sei, dass Patienten mit einer seltenen Krankheit besser und schneller behandelt werden können. Die dazu eingerichteten europäischen Referenznetzwerke sollen enger zusammenarbeiten, Informationen austauschen und die Diagnostik für seltene Krankheiten verbessern.

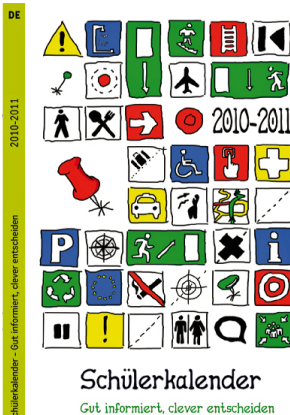
Wie diese Woche bekannt wurde, veröffentlichte die Europäische Kommission einen Kalender für das Schuljahr 2010/2011 mit einer Auflage von mehr als drei Millionen Stück und verteilte diese an 21.000 Schulen in der gesamten Europäischen Union. In dem Kalender werden muslimische, jüdische und hinduistische Festtage erläutert, ohne allerdings auf die Feiertage der Christen einzugehen.

Dazu erklärt der Europaabgeordnete Dr. Thomas Ulmer (CDU): „Ich war selbst überrascht und fassungslos, als ich davon erfahren habe, dass in den von der Europäischen Kommission verteilten Schülerkalendern die christlichen Feiertage schlichtweg fehlen. Der Sachverhalt

wurde nach Bekanntwerden umgehend in unserer Fraktionsitzung diskutiert, bei den Verantwortlichen der Europäischen Kommission wurde Beschwerde eingereicht. Daraufhin hat sich die Kommission offiziell entschuldigt und versichert, dass die Sache aufgeklärt wird. Es wurde unmittelbar veranlasst, dass im Schülerkalender für das Jahr 2011/2012, der in den kommenden Wochen verteilt wird, alle christlichen Feiertage aufgelistet werden. Zusätzlich wird dem Kalender eine Erklärung beigefügt, mit dem Hinweis, dass die christlichen Feiertage im letzten Kalender nicht aufgeführt waren.

Ich bedauere es wirklich sehr, dass durch dieses Versehen das Vertrauen in die EU-Institutionen

beschädigt wurde. Vor allem als Abgeordneter der CDU, also einer Partei, deren Handeln auf christlichen Werten basiert, bin ich sehr um eine Begrenzung des Schadens und um eine schnelle, vollständige Aufklärung bemüht. Ich setze mich sehr für die Wahrung der Religionsfreiheit in der Welt ein. Es muss aber garantiert sein, dass die jüdisch-christlichen Wurzeln der Europäischen Union stets berücksichtigt werden."



NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Beziehungen zu Serbien vertieft – Assoziierungsabkommen vom Europäischen Parlament gebilligt

Das Europäische Parlament hat in diesen Tagen dem Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit Serbien zugestimmt. Eine breite Mehrheit der Europaabgeordneten befürwortet eine Vertiefung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Serbien.

Dr. Thomas Ulmer, Mitglied des Europäischen Parlaments, nannte eine stärkere Anbindung Serbiens an die Europäische Union eine Vorbedingung zu einer friedlichen Entwicklung des Landes sowie der dauerhaften politischen Stabilität des Westbalkans: „Mit dem Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen unterstützt die EU die demokratischen Kräfte in Serbien, damit das Land seinen Weg hin zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit fortsetzen kann.“

Bisher haben erst 12 Mitgliedstaaten das Abkommen ratifiziert, auch in Deutschland ist dies noch nicht geschehen. Ulmer forderte die Mitgliedstaaten auf, das Abkommen schnell zu ratifizieren und damit ein Signal zu setzen. Weiter betonten die Abgeordneten, dass Serbien die Integration der serbischen Gemeinschaft im Kosovo unterstützen müsse. Sie begrüßten, dass die serbische Regierung bereit ist, in einen erneuten Dialog mit dem Kosovo zu treten. Das Parlament fordert darüber hinaus die volle Bereitschaft Serbiens, mit dem Internationalen Strafgerichtshof zu kooperieren.

Das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und Serbien wurde 2008 unterzeichnet und enthält neben Vereinbarungen über die Vertiefung der politischen Beziehungen auch Regelungen zum Abbau von Handelsbarrieren und Zöllen.

Alzheimer gemeinsam bekämpfen

In Deutschland sind etwa 1,2 Millionen von einer Demenzerkrankung betroffen, europaweit kommen jährlich etwa 1,4 Millionen neue Erkrankungen hinzu. Für Deutschland rechnet man bis 2050 mit etwa 2,6 Millionen Demenzerkrankten.

Diese Zahlen veranlassen das Europäische Parlament in Straßburg dazu, darüber zu diskutieren, wie die Forschung vorangetrieben kann und bereits Betroffene besser behandelt und unterstützt werden können.

Der Gesundheitsausschuss des Europaparlaments hat sich dafür ausgesprochen, die Regierungen in Europa dazu aufzufordern, ihren Kampf gegen Alzheimer zu verstärken und besser zu koordinieren.

„Die Symptome von Alzheimer werden oft mit einer altersbedingten Vergesslichkeit verwechselt. Viele Menschen sind sich gar nicht bewusst, dass sie an einer Krankheit leiden“, betont Dr. Thomas Ulmer, niedergelassener Arzt und Mitglied im Gesundheitsausschuss des Europaparlaments. Konzentrationsfähigkeit und Denkleistung lassen nach, Sprachstörungen treten auf, Müdigkeit nimmt zu. Häufig treten in der Anfangsphase der Alzheimer-Erkrankung Symptome einer Depression auf. Alzheimer führt später zu Verwirrung, Angst, Unruhe und Aggressivität. Den Betroffenen fällt es zunehmend schwer, Dinge und Personen wiederzuerkennen; sie „leben in der Vergangenheit“. Alltagsfähigkeiten wie Ankleiden, Essenszubereitung oder Einkaufen können sie nicht mehr bewältigen, schließlich verlieren sie die Kontrolle über ihre Körperfunktionen. Im Endstadium von Alzheimer verstimmen die Patienten oft, sind bettlägerig und völlig auf die Hilfe anderer angewiesen. „Gerade auch für Angehörige ist diese Situation oft nicht alleine zu bewältigen“, so Ulmer.

Impressum

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Dr. Thomas Ulmer MdEP (CDU).

Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt.

Herausgeber: Dr. Thomas Ulmer MdEP (verantwortl.), Tarunstr. 21, 74821 Mosbach, Telefon 06261 893991, Telefax 06261 893089

Redaktion und Gestaltung: Matthias Busse, Mobil 0171.6809454

Powered by: www.busse-nahrgang.com

Bildnachweis: 12-11-09 Pano hemi 6.jpg Copyright: © Photo Parlament European.

E-Mail: info@thomasulmer.eu; Internet: www.thomasulmer.eu

Ungarn übernimmt Ratsvorsitz

Am 1. Januar 2011 hat Ungarn den Vorsitz des Rates der Europäischen Union übernommen. Im Vorfeld gab es seitens der EU harte Kritik an dem umstrittenen Mediengesetz in Ungarn, welches die Pressefreiheit in wichtigen Bereichen einschränken sollte.

Dr. Thomas Ulmer, Mitglied des Europäischen Parlaments, betont: „Es geht hier um unsere Glaubwürdigkeit. Europa wird in der ganzen Welt als Leuchtturm der Freiheit und der Menschenrechte gesehen. Die Pressefreiheit gehört unbedingt dazu, ohne Einschränkungen.“

Vor dem Europäischen Parlament in Straßburg hat der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán das Gesetz erneut verteidigt, zeigte sich zu Änderungen jedoch bereit. Die Kommission will in den kommenden Wochen prüfen, inwiefern das ungarische Mediengesetz mit den Verträgen der Europäischen Union zu vereinbaren ist.

Nun will sich die ungarische Regierung aber auf Inhalte konzentrieren und stellte die Schwerpunkte seiner sechsmonatigen Ratspräsidentschaft vor.

In der Energiepolitik will sich Ungarn auf die neue sog. Energie 2020-Strategie und den Ausbau der Infrastruktur konzentrieren.

Auch die Energieeffizienz soll im Mittelpunkt stehen. Dabei strebt Ungarn eine Einigung auf einen neuen Aktionsplan zur Energieeffizienz an. Außerdem sollen sich die Mitgliedstaaten über neue Verordnungsvorschläge über die Transparenz des Energiemarktes und das Vorgehen hinsichtlich der Sicherheit von Offshore-Ölbohrungen verständigen.

Weitere Themen: Schaffung eines EU-Patents, Erzielung einer Einigung über die neue EU-Verbraucherrechte-Richtlinie, Verbesserung des Datenschutzes, und im Bereich Steuern und Finanzen Diskussion über den bislang nicht vorgelegten Entwurf einer Energiesteuerrichtlinie.

Für eine starke Agrarpolitik: EU-Parlament fordert transparente Lebensmittelpreise

Die zukünftige EU-Landwirtschaftspolitik war in diesen Tagen eines der zentralen Themen im Rahmen der Plenartagung des Europäischen Parlaments in Straßburg. In einer von den Abgeordneten angenommenen Entschließung fordern die EU-Parlamentarier eine starke Landwirtschaftspolitik, um eine ausreichende Versorgung mit erschwinglichen Nahrungsmitteln sicherstellen zu können. Angesichts der weltweit steigenden Nachfrage sowie der jüngsten Preissteigerungen gewinnt der Zugang zu Lebensmitteln auch in der EU mehr und mehr an Bedeutung.

Dr. Thomas Ulmer, Europaabgeordneter aus Nordbaden und Mitglied im Ausschuss für Verbraucherschutz, betont: „Die europäische Landwirtschaft muss allen Bürgern Ernährungssicherheit bieten, die Agrarproduktion in allen Teilen Europas aufrechterhalten und die Lebensfähigkeit des ländlichen Raums in Europa sicherstellen.“

Spekulationen mit Nahrungsmitteln wollen die Abgeordneten den Garaus machen. Rund 50 % der jüngsten Preissprünge im Lebensmittelbereich seien auf Spekulationen zurückzuführen. „Wir fordern daher eine Überarbeitung der derzeit geltenden Rechtsvorschriften über Finanzinstrumente. Transparenz muss hier oberstes Gebot sein“, so Ulmer.

Auch die Verjüngung der überalterten Landwirtschaft steht im Blickpunkt der Diskussion. Rund 4,5 Mio. Landwirte werden in den kommenden Jahren in Ruhestand treten, nur 7 % der EU-Landwirte sind unter 35 Jahren. „Gerade im ländlichen Raum brauchen wir mehr Anreize, um jungen Menschen für die Landwirtschaft zu begeistern“, fordert der nordbadische Abgeordnete Ulmer. Das Parlament denkt dabei an Betriebsgründungsprämien oder zinsbegünstigte Darlehen. Schließlich schlägt das Parlament in seiner Entschließung vor, ein zielgerichtetes weltweites Vorratssystem für Nahrungsmittel zu schaffen, mit Beständen zur Regulierung der Rohstoffpreise sowie mit Notreserven zur Verringerung des Hungers.